



Christine Vogler
Präsidentin des Deutschen Pflegerats

Editorial

Versprechen sind zu halten

Das Thema Personalbemessung im Krankenhaus gehört zu jenen, an denen sich die Glaubwürdigkeit der Politik zur Verbesserung der Arbeitsbedingungen der Profession Pflege zeigen wird.

„Das Verfahren zur Bemessung der bedarfsgerechten Pflegepersonal-ausstattung in den Krankenhäusern ist entscheidend, damit eine Versorgung nach höchsten qualitativen Maßstäben gewährleistet werden kann. Außerdem muss eine spürbare Entlastung bei den Beschäftigten ankommen. Die Umsetzung des gesetzlichen Auftrages muss sich an dem Versprechen, das Sie den Pflegekräften gegeben haben, messen lassen“, mahnen der Deutsche Pflegerat, die Gewerkschaft ver.di und der DGB in einem gemeinsamen Schreiben an den Bundesgesundheitsminister. Jens Spahn war im Rahmen der Konzertierte(n) Aktion Pflege bei der Personalbemessung die Partizipation aller Organisationen wichtig. Wieder einmal hat sich jedoch gezeigt, dass Versprechen der Politik alleine nichts wert sind. Denn „wie wir nun erfahren mussten, sollen maßgebliche Organisationen bei der Entwicklung des Auftrages nicht einbezogen werden“. Dass neben DKG und GKV-SV weitere Akteure von Anfang an beteiligt werden, sei bisher nicht infrage gestellt worden. „Umso mehr empört uns, dass gerade Ihr Ministerium das Gesetz so auslegt, dass die weiteren Akteure erst nach der Erteilung des Auftrages einbezogen werden sollen. Einen 'Platz am Katzentisch', wenn die wesentlichen Weichen bereits gestellt sind, akzeptieren wir nicht. Wir fordern Sie daher auf, die Position Ihres Hauses zu korrigieren und dafür zu sorgen, dass wir als maßgebliche Organisationen unmittelbar einbezogen werden.“

Christine Vogler
Präsidentin des Deutschen Pflegerats



IM FOKUS

Lohngefüge erweitern

Die Bezahlung der Profession Pflege darf nicht alleine am Lohngefüge stehen bleiben. Benötigt werden im Sinne einer Work-Life-Balance und einer personalorientierten Wertschätzung neue Instrumente einer gerechten und zugleich refinanzierten Lohn- und Zuschlagsfindung. Der Gesetzgeber ist gefordert, auch für innovative Projekte, deren Löhne deutlich über bestehende Tarifverträge hinausgehen, die Finanzierung sicherzustellen.

Nicht nachvollziehbar ist die von zwei privaten Verbänden unterstützte Verfassungsklage einiger ihrer Mitglieder gegen die „Tariftreue-Regelung“ des Gesundheitsversorgungsweiterentwicklungsgesetzes.

Fakt ist, das Recht auf eine gute Bezahlung und Gleichbehandlung muss auf der Seite der Arbeitnehmer*innen liegen. Fehlt dies, ist nachhaltiges sozialwirtschaftliches Handeln nicht möglich. Fragen lassen müssen sich manche Unternehmen in der Pflege, warum sie nicht angemessene Löhne bezahlen. Ansonsten hätte der Gesetzgeber nicht reagieren müssen. Fehl am Platz ist, von Existenzverlusten zu sprechen. Das zeigt, unabhängig der zugesicherten Refinanzierung, dass tatsächlich von einer Erhöhung der Löhne ausgegangen wird, also bislang zu wenig bezahlt wird.

Der Deutsche Pflegerat appelliert an alle Beteiligten, gute Arbeitsbedingungen zu schaffen, zu denen eine gute Bezahlung aller Mitarbeiter*innen gehört.

Annemarie Fajardo
Vize-Präsidentin des Deutschen Pflegerats (DPR)

Koalitionsverhandlungen

Forderungen des Deutschen Pflegerats

Der Deutsche Pflegerat hat ein wichtiges Forderungspapier für die Profession Pflege veröffentlicht. Vorgestellt wurde dieses auf dem Deutschen Pfl egetag 2021 in Berlin. Genau zum richtigen Zeitpunkt, denn kurz zuvor wurden die Abgeordneten des 20. Deutschen Bundestags neu gewählt. Die Koalitionsverhandlungen liefern.

In den „Forderungen des Deutschen Pflegerats für die Koalitionsverhandlungen“ heißt es u.a.: Die Profession Pflege hat bei der Versorgungssituation eine zentrale Rolle. Pflegende tragen zur Gesunderhaltung bei, sie beraten, unterstützen, pflegen und betreuen Patient*innen und Pflegebedürftige, fördern deren Selbstständigkeit und begleiten Sterbende. Sie steuern Versorgungsprozesse, fördern ihre Qualität und gestalten effiziente Abläufe zum Wohl der Patient*innen und deren Angehörigen. Ein fundiertes Fachwissen und eine kontinuierliche fachliche Weiterentwicklung sind dabei entscheidende Voraussetzungen für den Einsatz ihrer Kompetenzen. Die Corona-Pandemie hat aktuell die enor-

me Bedeutung der Profession Pflege bei der Versorgung der Patient*innen und Bewohner*innen gezeigt. Das Pflegesystem krankt jedoch seit langem an massiven Problemen und dem Pflegenotstand. Deshalb ruft der Deutsche Pflegerat mit seinen Mitgliedsorganisationen die neue Bundesregierung auf, mehr für eine gute pflegerische Versorgung der Bevölkerung zu tun als die Vorgängerregierung. Die DPR-Forderungen müssen bei den Koalitionsverhandlungen richtungsweisend sein.

Behebung des Pflegenotstands endlich angehen

Der Deutsche Pflegerat fordert für die Profession Pflege bessere Arbeitsbedin-

gungen für eine sichere und gute Versorgung von Menschen mit Pflege- und Unterstützungsbedarf.

In den Krankenhäusern in Deutschland fehlen 100.000 Pflegende, in stationären Pflegeeinrichtungen 120.000 Pflegende. In den nächsten zehn Jahren erreichen ca. 500.000 Pflegende das Rentenalter, mindestens 40.000 der heute offenen Stellen sind jetzt schon unbesetzt. Gleichzeitig steigt der Anteil älterer multimorbider Menschen, auch solcher mit psychischen Erkrankungen. Um den Notstand entschieden anzugehen, ist es notwendig, dass das Gesundheitssystem den erforderlichen personellen Bedarfen der Bevölkerung angepasst wird. Hierzu gehört, dass mehr Menschen den Beruf ergreifen, Pflegende mit Teilzeitstellen ihre Stunden aufstocken und Pflegende, die den Beruf verlassen haben, wieder zurückkommen.

Was dazu geregelt werden muss:

- Schaffung besserer Arbeitsbedingungen mit insbesondere ausreichend Zeit für die Pflege, die dem Versorgungsbedarf der Patient*innen entspricht
- Einsatz einer auskömmlichen Personalbemessung, bei der der Personalbedarf von den Erfordernissen des zu Pflegenden abgeleitet wird

Krankenhaus: Entwicklung eines wissenschaftlich fundierten Personalbemessungsinstruments, das 2024 einsatzfähig ist; Einführung der PPR 2.0 als Interimsinstrument in 2022

Langzeitpflege: Umsetzung der Ausbaustufe des Personalbemessungsinstruments (PeBeM) in 2022 und nicht erst 2023 (GVWG); Endausbaustufe des Personalbemessungsinstruments (PeBeM) in 2024; Einsatz von mehr Pflegefachpersonen und nicht primär Pflegeassistent*innen

- Nachweis in den Budgetverhandlungen, dass das Pflegepersonal, das anhand von Personalbemessungsin-



Der Aufbau eines Anteils akademisch ausgebildeter Pflegenden von 10 bis 20 Prozent gehört zu den Forderungen des Deutschen Pflegerats.

- strumenten ermittelt wurde, auch tatsächlich eingesetzt wird
- Aufbau eines Anteils akademisch ausgebildeter Pflegenden von 10 bis 20 Prozent, mit dem Nachweis der angepassten Aufgabenfelder im Qualitätsbericht und in den Budgetverhandlungen sowie Förderung der Hochschulen, um dieses Ziel zu erreichen
 - Bundeseinheitlich anerkannte und tarifsichere Pflegeassistent*innenausbildung
 - Abschaffung der Anrechnung Auszubildender auf die Stellen Schlüssel

Erweiterte Kompetenzen

Der Deutsche Pflegerat fordert mehr akademische Pflegenden und damit verbunden mehr autonomes und legitimiertes Handeln in allen Versorgungssettings der professionell Pflegenden.

Die Zahl der zu pflegenden Menschen steigt und liegt derzeit bei 4,1 Millionen in der Langzeitpflege. Im Jahr 2019 wurden im Krankenhaus 19,4 Mio. Menschen versorgt. Um die enormen Herausforderungen hinsichtlich insbesondere einer älter werdenden Bevölkerung und der damit verbundenen Zunahme chronischer Erkrankungen zu bewältigen, werden professionell Pflegenden mit erweiterten Pflegekompetenzen benötigt. Hierzu gehören beispielsweise Community Health Nurses (CHN) – etwa zur Versorgung der ländlichen Bevölkerung, Schulgesundheitspflegende (School Nurses, SN) – um Fehlentwicklungen bei Kindern und Jugendlichen zu vermeiden und Advanced Practice Nurses (ANP) – um Expertisen zu komple-

xen und speziellen Gesundheitsproblemen abrufen zu können.

Was dazu geregelt werden muss:

- Massiver Ausbau und attraktive Gestaltung von Pflegestudiengängen
- Vergütung der Praxiserfahrungen berufsqualifizierender Bachelorstudiengänge
- Refinanzierung der Praxisanleitung berufsqualifizierender Bachelorstudiengänge
- Entwicklung der Aufgabenfelder entsprechend der Qualifizierung und deren Berücksichtigung in den Entgeltgruppen der Tarifverträge
- Gesetzliche Vorgaben zum gestuften Aufbau der akademisch ausgebildeten Pflegenden und deren Rollen in der Gesundheitsversorgung
- Eine dem Verantwortungsbereich angemessene Vergütung für weiterqualifizierte Pflegenden
- Anheben des monatlichen Einstiegsgehalts der Pflegefachpersonen auf 4.000 € in allen Versorgungssettings

Eigenständige Selbstverwaltung

Der Deutsche Pflegerat fordert eine eigene, zentrale Stellung in den bundes- und landespolitischen Gremien für die Profession Pflege.

Die Organisation des Gesundheits- und Pflegesystems basiert vor allem auf der zentralen Struktur der Selbstverwaltungspartner auf Bundesebene. Besonders auffällig ist die zentrale Stellung des Gemeinsamen Bundesausschusses (G-BA), in dem die Profession Pflege (hier: der Deutsche Pflegerat) nur eine Nebenrolle spielt. Berufsorganisationen der professionell Pflegenden sind bisher wenig eingebunden bzw. haben meist nur

eingeschränkte Rechte in den Gremien der sozialrechtlichen Selbstverwaltung.

Was dazu geregelt werden muss:

- Stimmberechtigte Vertretung der Profession Pflege in allen politischen Gremien und allen Gremien der Selbstverwaltung
- Finanzierung der bisher ehrenamtlichen Arbeit des Deutschen Pflegerats im G-BA
- Einrichtung einer eigenen Bank für die Vertretung der Profession Pflege im G-BA
- Aufbau von mehreren Institutionen auf Bundes- und Landesebene, die befugt sind, stimmberechtigt mitzugestalten (Kompetenzzentren Pflege)
- Politische und finanzielle Unterstützung durch entsprechende Gesetzgebungsverfahren bei der Etablierung und Verankerung der Landespflegekammern und der Bundespflegekammer in die Selbstverwaltungsstrukturen nach dem SGB V
- Politische und finanzielle Unterstützung durch entsprechende Gesetzgebungsverfahren beim Aufbau von Selbstverwaltungsstrukturen nach dem SGB XI, die pflegerische Leistungen beinhalten
- Gleichberechtigte Vertretung Pflegenden auf der Führungsebene in Einrichtungen der Akut- und Langzeitpflege

Das vollständige Papier „Forderungen des Deutschen Pflegerats für die Koalitionsverhandlungen“ kann auf der DPR-Homepage abgerufen werden.

deutscher-pflegerat.de

NEWS

Kulturwandel gestalten

Der Fachverband Gewaltfreie Kommunikation lädt zu einer Online-Tagung zum Thema „Kulturwandel gestalten. Entwicklung einer empathischen Beziehungs- und Führungskultur – von der Vision zur Realität“ ein. Im Mittelpunkt steht die Frage, wie sich unsere Gesellschaft weiter

entwickeln lässt, um den Herausforderungen des 21. Jahrhunderts gerecht zu werden? Statt findet die Tagung am 6. November 2021. Ein Grußwort hält Christine Vogler, Präsidentin des DPR. Die Anmeldung ist online möglich.

fachverband-gfk.org

Führungswechsel beim DBfK

Dr. Bernadette Klapper übernahm die Bundesgeschäftsführung des DBfK von Franz Wagner. Zuletzt leitete sie den Bereich Gesundheit der Robert Bosch Stiftung in Stuttgart.

dbfk.de

AUS DEN VERBÄNDEN

Sicher vom ersten Atemzug an

Der Welttag der Patientensicherheit stand am 17. September unter dem Motto „Mach dich stark für Patientensicherheit. Sicher vom ersten Atemzug an“. Damit wurde die Relevanz der Wahlprüfsteine des Deutschen Hebammenverbands e.V. zur Bundestagswahl untermauert. Die Politik muss Fakten schaffen: Nachhaltige Verbesserung des Betreuungsschlüssels und angemessene Arbeitsbedingungen müssen in der Geburtshilfe in Deutschland Standard werden.

Geburten lassen sich auch durch eine Pandemie nicht verschieben. Dennoch stand auch in Deutschland die Betreuung von Frauen und Familien unter den verschärften Corona-Bedingungen nicht im Fokus der Politik. Hebammen wurden nicht explizit in die Verordnungen zum Schutz des Personals im Gesundheitswesen mit aufgenommen. Die freiberuflichen Hebammen fielen aus fast jedem Schutzraster. Um die seit mehreren Jahren vom Deutschen Hebammenverband angemahnten Veränderungen zu schaffen, die eine sichere und respektvolle Geburtshilfe ermöglichen, braucht es eindeutige Bekenntnisse auf Seiten der Politik. „Geburtshilfliche Versorgung muss ein integraler Bestandteil von Gesundheitsversorgung sein. Und sie muss am Menschen, nicht am Profit orientiert sein. Denn das Geburtserleben ist unbezahlbar. Es bildet die Grundlage unserer Gesellschaft, es geht uns alle an!“, betont Ulrike Geppert-Orthofer, Präsidentin des Deutschen Hebammenverbands.

hebammenverband.de

Impressum

Herausgeber: Deutscher Pflegerat (DPR) Bundesarbeitsgemeinschaft Pflege- und Hebammenwesen

Inhalt: Christine Vogler (verantwortlich)
Alt-Moabit 91, 10559 Berlin
(„Haus der Gesundheitsberufe“)
Tel.: 030 398 77 303; Fax: 030 398 77 304
www.deutscher-pflegerat.de

„Pflege Positionen“ – Der offizielle Newsletter des DPR erscheint in Kooperation mit HEILBERUFE.

Verlag: Springer Medizin Verlag GmbH
Heidelberger Platz 3, 14197 Berlin
Tel.: 030 827875500, Fax: 030 827875505

Chefredakteurin: Katja Kupfer-Geißler
Heidelberger Platz 3, 14197 Berlin
Tel.: 030 82787 5500, Fax: 030 82787 5505
www.springerpflege.de

Gemeinsam für eine starke Pflege in Deutschland

Pflegegipfel jetzt!

Ein breites Bündnis von Pflege- und Berufsverbänden, Gewerkschaften, Kassen und der Wissenschaft fordert unter Beteiligung des Deutschen Pflegerats die Einberufung eines Pflegegipfels – direkt nach den Bundestagswahlen.

In einem Schreiben der Unterstützer des Bündnisses an Olaf Scholz (SPD), Annalena Baerbock (Bündnis 90/Die Grünen) und Armin Laschet (CDU) hieß es kurz vor der Bundestagswahl (Auszüge):

„In der nächsten Legislaturperiode brauchen wir mutige politische Schritte, damit Menschen mit Pflegebedarf in Deutschland in den unterschiedlichen pflegerischen Settings gut versorgt werden und zuversichtlich auf eine Lebenssituation blicken können, die von Pflegebedürftigkeit geprägt ist.

Wie eine Allensbachstudie für die DAK deutlich macht, sieht selbst die Jugend dringenden politischen Handlungsbedarf für die Pflege. Substantielle Vorschläge aus dem wissenschaftlichen Bereich und aus der praxisbasierten Arbeit der Verbände liegen vor. Jetzt braucht es ein politisches Signal des Aufbruchs in der Pflegepolitik.

Wir wenden uns mit dem dringenden Anliegen an Sie, bald nach der Konstituierung des 20. Deutschen Bundestages und der Bildung der neuen Bundesregierung einen Pflegegipfel einzuberufen. Ziel muss es aus unserer Sicht sein, Maßnahmen zu beraten und umzusetzen, die kurzfristig spürbare Verbesserungen im Pflegealltag bewirken und die die Weichen für die mittelfristig notwendigen Reformschritte stellen.

Drei pflegepolitische Anliegen sind aus unserer Sicht zentral:

1. Häusliche Pflege wirksam unterstützen
2. Professionelle Pflege neu positionieren
3. Finanzielle Belastung fair verteilen

Das größte Zukunftsproblem der Pflege ist es, eine ausreichende Zahl von Pflegefachpersonen für eine qualitativ hochwertige Pflege zu gewinnen. Für die Attraktivität des Berufs ist entscheidend, ob junge Menschen erfahren, dass sie mit einem Beruf in der Pflege die für sie wichtigen Werte in der Praxis realisieren können. Dafür sind die Arbeitsbedingungen entscheidend. Sie gehen einher mit ausreichend qualifiziertem Personal, einer fairen Bezahlung, Zeit für Pflegebedürftige, verlässlichen und planbaren Arbeitszeiten, Vereinbarkeit von Familie und Beruf sowie einem gesunden Arbeitsumfeld.“

Besonderer Bedarf in der vollstationären Pflege

Weiter heißt es: „Aktuell besteht besonderer Handlungsbedarf in der vollstationären Pflege: Um die weiterhin bestehende Personallücke zu schließen, muss das Personalbemessungsverfahren vollständig umgesetzt werden. Strategisch wichtig ist die Einbeziehung der akademischen Pflegequalifikation in allen Feldern der Pflege. Eine qualitativ hochwertige und bedarfsgerechte Pflege erfordert Rahmenbedingungen, die es Pflegefachpersonen und beruflich Pflegenden ermöglichen, ihre Profession entsprechend ihrer erworbenen Kompetenzen auszuführen.“

deutscher-pflegerat.de